



Stellungnahme zum Antrag Nr. AT/0107/2018

Vorlage: ST/0118/2018		Datum: 16.08.2018	
Bürgermeisterin			
Verfasser:	50-Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales	Az.: 502001	
Betreff:			
Stellungnahme zum Antrag der AfD-Ratsfraktion: Gewerbetreibende in Diskurs über Situation am Hauptbahnhof einbeziehen und befragen			
Gremienweg:			
30.08.2018	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig
		<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt
		<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	verwiesen
		<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	geändert
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen
		<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich

Stellungnahme:

Innerhalb der öffentlichen Sitzung des Sozialausschusses am 14.06.2018 wurde unter dem Tagesordnungspunkt 8 „*Expertenanhörung zur sozialen Situation am Hauptbahnhof*“ ein inhaltsgleicher Antrag der AfD-Ratsfraktion, den Expertenkreis um die anliegenden Gewerbetreibenden am Hauptbahnhof zu erweitern, mehrheitlich abgelehnt.

Es ist vorgesehen, dass die Anlieger, inklusive der Gewerbetreibenden, im weiteren Verlauf der Lösungssuche (insbesondere der Netzwerkarbeit in der AG "Sicherer Bahnhof") einbezogen werden.

Beschlussempfehlung:

In Kenntnis der Stellungnahme erübrigt sich eine Beschlussfassung über den Antrag.